

## A n t w o r t

des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)  
– Drucksache 17/7852 –

### Verpflichtungserklärung nach dem Aufenthaltsgesetz – Teil III

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/7852 – vom 28. November 2018 hat folgenden Wortlaut:

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/7118 – wurde teilweise gar nicht beantwortet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum erfolgte keine Abfrage zur Beantwortung der Kleinen Anfrage – Drucksache 17/7118 – bei den rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden und Jobcentern?
2. Wie viele Verpflichtungserklärungen wurden in den Jahren 2017 und 2018 in Rheinland-Pfalz erteilt (bitte aufgliedert nach den einzelnen Ausländerbehörden)?
3. In wie vielen Fällen musste der Verpflichtete die Kosten für den Lebensunterhalt des Ausländers in den Jahren 2017 und 2018 übernehmen (bitte aufgliedert nach den einzelnen Ausländerbehörden und Jobcentern in Rheinland-Pfalz)?
4. In wie vielen Fällen war der Verpflichtete finanziell nicht in der Lage, die Kosten für den Lebensunterhalt für den Ausländer in den Jahren 2017 und 2018 zu tragen (bitte aufgliedert nach den einzelnen Ausländerbehörden in Rheinland-Pfalz)?
5. Gab es Fälle, in denen die zuständige Behörde auf die Regressierung der Kosten bei dem Verpflichteten verzichtet hatte?
6. Wie hoch waren die Forderungen nach § 68 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz bei der Stadtverwaltung Koblenz und der Kreisverwaltung Rhein-Lahn?
7. In wie vielen Fällen haben die Stadtverwaltung Koblenz und die Kreisverwaltung Rhein-Lahn ihre Forderungen nach § 68 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz bereits geltend gemacht?

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Dezember 2018 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Abgabe einer Verpflichtungserklärung stellt keinen Speichersachverhalt im Ausländerzentralregister dar und wird auch nicht in anderer Weise einheitlich statistisch erfasst. Eine nun eigens durchgeführte Sonderauswertung der unterschiedlichen Vorgangsbearbeitungssysteme der einzelnen Ausländerbehörden hat ergeben, dass im Jahr 2017 insgesamt 21 517 und im Jahr 2018 (Januar bis November 2018) 19 317 Verpflichtungserklärungen abgegeben wurden. Die Aufgliederung nach den einzelnen Ausländerbehörden kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Ausländerbehörden	Verpflichtungserklärungen im Jahr 2017	Verpflichtungserklärungen im Jahr 2018 (Januar bis November)
KV Ahrweiler	854	762
KV Altenkirchen	675	616
KV Alzey-Worms	628	603
KV Bad Dürkheim	403	351
KV Bad Kreuznach	817	705
KV Bernkastel-Wittlich	616	520
KV Birkenfeld	375	354
KV Cochem-Zell	287	235
KV Donnersbergkreis	416	423

b. w.

Ausländerbehörden	Verpflichtungserklärungen im Jahr 2017	Verpflichtungserklärungen im Jahr 2018 (Januar bis November)
KV Eifelkreis Bitburg-Prüm	387	221
KV Germersheim	964	816
KV Kaiserslautern	781	667
KV Kusel	296	244
KV Mainz-Bingen	906	784
KV Mayen-Koblenz	1 334	1 194
KV Neuwied	1 260	1 294
KV Rhein-Hunsrück-Kreis	436	363
KV Rhein-Lahn-Kreis	638	497
KV Rhein-Pfalz-Kreis	601	545
KV Südliche Weinstraße	411	344
KV Südwestpfalz	213	223
KV Trier-Saarburg	404	324
KV Vulkaneifel	276	237
KV Westerwaldkreis	870	923
SV Frankenthal	312	279
SV Kaiserslautern	737	715
SV Koblenz	845	771
SV Landau	323	295
SV Ludwigshafen	Keine Angaben möglich, werden statistisch nicht erfasst.	
SV Mainz	1 836	1 655
SV Neustadt a. d. W.	286	264
SV Pirmasens	221	189
SV Speyer	781	667
SV Trier	440	374
SV Worms	712	667
SV Zweibrücken	176	196
<b>Gesamt:</b>	<b>21 517</b>	<b>19 317</b>

Was die Abfrage bei den Jobcentern anbelangt, wird auf die Antworten zu den Fragen 3 bis 7 verwiesen.

Zu den Fragen 3, 4 und 5:

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 5, 6 und 7 der Kleinen Anfrage 17/1187 (Drucksache 17/1418) und auf die Antwort zu den Fragen 3, 4 und 5 der Kleinen Anfrage 17/7118 (Drucksache 17/7326) verwiesen.

Zu den Fragen 6 und 7:

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 und 7 der Kleinen Anfrage 17/7118 (Drucksache 17/7326) verwiesen.

In Vertretung:  
Dr. Christiane Rohleder  
Staatssekretärin